

A-7

Titel	Ein handlungsfähiger Staat als Antwort auf transformativische Aufgaben – Schuldenbremsen abschaffen!
AntragstellerInnen	Saarbrücken-Land
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress, SPD Landesparteitag

Ein handlungsfähiger Staat als Antwort auf transformativische Aufgaben – Schuldenbremsen abschaffen!

- 1 Forderung:
- 2 Wir fordern die Abschaffung respektive Änderung von Art. 109 Abs. 3. GG dahingehend, dass eine Begrenzung
3 der möglichen staatlichen Kreditaufnahme 0,35% des BIPs übersteigen darf, solange diesen Krediten in min-
4 destens gleichem Maße eine Erhöhung des öffentlichen Vermögens in Sachwerten oder die Instandhaltung öf-
5 fentlicher Sachwerte im Bereich der Infrastruktur und Daseinsvorsorge gegenüberstehen. Weiterhin müssen
6 unter absehbaren Umständen proaktive Investitionen des Staates zum Vorbeugen oder Mildern von nachtei-
7 ligen Effekten auf Teile der Bevölkerung ermöglicht werden. Der reaktive Ansatz der aktuellen Regelung bei
8 Naturkatastrophen etc. macht Sinn, ist jedoch auf langfristig absehbare Herausforderungen wie Klimaschutz,
9 Energiepolitik, antizyklische Wirtschaftspolitik etc. nicht anwendbar und daher in diesen Fällen abzulehnen.
10 Weiterhin fordern wir das SPD-geführte Finanzministerium dazu auf, alle zurzeit freien finanziellen Kapazitä-
11 ten innerhalb dieser Regelung zu nutzen. Weiterhin fordern wir die Abschaffung der entsprechenden Regelung
12 auf Länderebene.
- 13 Analyse:
- 14 Warum Keynes noch aktuell, aber mit der schwarzen Null nicht möglich ist
- 15 Seit der Agenda-Politik unter Schröder fundiert die deutsche Wirtschaft in groben Zügen auf vergleichsweise
16 niedrigen Lohn- und Produktionskosten bei gleichzeitig hoher Produktqualität. Daraus resultiert ein enorm
17 hoher Exportdruck an industriell gefertigten Waren, jedoch eine vergleichsweise geringe Binnennachfrage.
18 Die aktuellen Umstände, die notwendige ökologische Transformation, eine Destabilisierung des weitgehend
19 freien multilateralen Handels sowie die als Folge der Finanzkrise 2009 niedrigen durch die EZB festgelegten
20 Leitzinsen führen aktuell zu einer absonderlichen Situation. Nach nahezu 10 Jahren des Aufschwungs, in denen
21 seit 2015 das Dogma eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes gilt, bewegt sich die deutsche, exportorientier-
22 te Wirtschaft aufgrund eigener Verfehlungen (siehe Automobilindustrie), aber auch durch einen eskalieren-
23 den Handelskonflikt zwischen den USA und mehreren Staaten, auf eine Rezession zu. Hier wäre nach klas-
24 sischer keynesiansicher Wirtschaftspolitik ein antizyklisches wirtschaftspolitisches Steuern notwendig. Dies
25 ließe sich vor allem nachfrageorientiert, z.B. durch größere Konjunkturprogramme und Maßnahmen wie Kurz-
26 arbeiter*innengeld, darstellen. Eine Entlastung für größere Unternehmen ist kritisch zu sehen, da diese in der
27 Vergangenheit steigende Gewinne weniger in Investitionen steckten sondern in eine Maximierung der Rendi-
28 te für Aktionärinnen und Aktionäre. Problematisch ist, dass ein Konjunkturprogramm wie zur Finanzkrise von
29 2009 mit einem Volumen von ca. 50 Mrd. € nach den aktuellen gesetzlichen Vorgaben nur schwer möglich ist.
30 Weiterhin wäre bei stagnierenden Investitionen durch Firmen, einer geringen Binnennachfrage bei niedrigem
31 Leitzins, einem ausgeglichen Staatshaushalt und einem enormen Außenhandelsüberschuss eine Entwertung
32 des Geldes unausweichlich. Hierbei erweist sich der Euroraum als ironischer Glücksfall, da zulasten der wirt-
33 schaftlichen Leistungsfähigkeit einiger süd- und osteuropäischen Partner eine Entwertung des Geldes verhin-
34 dert wird, was zu einem stetig steigenden Exportüberschuss durch Niedriglohnpolitik führte. Jedoch führte
35 dies in Kombination mit der innereuropäischen deutschen Austeritätshegemonie zur Befeuerung populistis-
36 che Regierungen und zur Erosion demokratische Strukturen innerhalb der EU . Bereits aus wirtschaftlicher

- 37 Notwendigkeit ergibt sich hierbei eine überfällige Abkehr vom ausgeglichenen Bundeshaushalt und eine Lockerung der im GG verankerten Stabilitätskriterien.
38
- 39 Eine soziale und ökologische Transformation erfordert Investition in Infrastruktur
- 40 Die notwendige und drängende Modernisierung im Bereich der Energieerzeugungs- und Verteilinfrastruktur
41 erfordert massive Investitionen staatlicherseits in kurzen Zeiträumen. Der hier notwendige Systemwechsel
42 lässt sich nicht durch einen kleinen jährlichen Investitionsbetrag bewältigen und schon gar nicht durch einen,
43 beispielsweise wegen einer Rezession, weiter eingeeengten Bundeshaushalt bewerkstelligen. Aktuell kann
44 der Staat nur reaktiv auf Katastrophen reagieren und weitergehende Mittel bereitstellen. Im Angesicht einer
45 kommenden trägen Klimakatastrophe ist dieser jedoch finanziell nahezu handlungsunfähig. Dieser Zustand
46 ist nicht hinnehmbar und gefährdet auf fahrlässige Art und Weise die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.
47
- 48 Infrastrukturinvestitionen vernichten kein Geld – sie erzeugen Gegenwerte
- 49 Investitionen in Infrastruktur sowie in deren Funktions- und Werterhalt erschaffen Sachwerte, die in Ihrer
50 Funktion als Daseinsvorsorge der Allgemeinheit dienen und ihr nicht, durch das Ausgeben von Geld, schaden.
51 Weiterhin zeigen einige Studien, dass je nach Berücksichtigung ökologischer Kosten Infrastrukturinvestitionen
52 einen ROI-Faktor (return on Investment) im Bereich von 1,1 – 16 besitzen können und daher einen nicht
53 zu unterschätzenden Mehrwert generieren. Die hierbei notwendigen Investitionssummen überschreiten die
54 Leistungsfähigkeit privater Akteure, weshalb der Staat hier die originäre Aufgabe besitzt, dort tätig zu werden,
55 was auch gleichzeitig eine Legitimation für natürliche infrastrukturelle Monopole liefert, die somit auch aus
56 Gemeinwohlinteresse in staatlicher Hand verbleiben müssen.